



Antrag

der Fraktion der CDU

Integrierter Westküstenplan für regionale Stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass auf Grundlage des im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und SSW vereinbarten Ausstiegs aus dem Steinkohlekraftwerk Brunsbüttel und der Absage an die westliche Elbquerung der A20 bei Glücksstadt bereits zwei große Projekte für die Westküste mit einer Investitionssumme von über vier Milliarden Euro inklusive der entsprechenden Arbeitsplätze für Schleswig-Holstein verloren gehen werden.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf, ein Konzept für den „Wachstumsraum von der dänischen Grenze bis Brunsbüttel an der Elbe“ vorzulegen, welches die wirtschaftlichen Verluste kompensiert und neue Impulse mit zusätzlichen Arbeits- und Ausbildungsplätzen für die Westküste ermöglicht.

Denn eine moderne, integrierte Politik für die Regionen Schleswig-Holsteins baut auf deren Stärken. An der Westküste gehören hierzu unter anderem

- die Infrastruktur
- der Küsten- und Naturschutz,
- der Industriestandort Brunsbüttel
- die Erneuerbaren Energien
- die Agrarwirtschaft
- die Gesundheitswirtschaft
- der Tourismus

Die Akteure vor Ort setzen mit ihrer Kompetenz Maßstäbe für einen integrierten Westküstenplan.

Die Landesregierung wird aufgefordert, unter Einbeziehung der lokalen Akteure Schwerpunkte festzulegen, in denen eine Förderung einzelner Wirtschaftsfelder an der Westküste erfolgen soll. Diese sollen in einem integrierten Westküstenplan zusammengefasst werden.

Jens-Christian Magnussen

Hans-Jörn Arp

Karsten Jasper

Klaus Jensen

Astrid Damerow
und Fraktion